

Dieses Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis vierteljährlich durch
die Post bezogen 1,20 Mk.
Eingetragen in die
Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
50 Pf. für die 3gepaßt.
Zeichnung.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postkontonr. Nr. 338 13 Postamt Hannover.

Verlag von A. Brep.
Druck von E. S. Meißner & Co. beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.
Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistr. 7. 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Der Chemietrust und die Arbeiter.

Vor mir liegt eine auf rotem Grund gedruckte Extramarke mit Sichel und Hammer und der Aufschrift: Gewerkschaftsopposition; für die gewerkschaftliche Einheit. Unter diesem Signum machen die Vertreter der KPD. Propaganda für die Gewerkschaften. Wer gewohnt ist, logisch zu denken, der wird erstaunt fragen: Was? Ist es denn überhaupt denkbar, durch Gewerkschaftsopposition, wie wir sie bei den KPD-Politikern kennengelernt haben, zur Gewerkschaftseinheit zu kommen? Das ist allerdings nicht möglich. Die beiden Aufschriften der genannten Marke sind tatsächlich ein Widerspruch. Wer fortgesetzt die Gewerkschaften für alle Mängel und Übel in der Welt verantwortlich macht, wer sie und ihre leitenden Personen fortgesetzt in den Rot zieht, wer jahraus, jahrein vom Verrat redet, — wie es diese Opposition tut, — der kann nicht zugleich für die Gewerkschaftseinheit eintreten. Aus seinem Munde ist ein solcher Ruf Geschwätz. Der Erfolg der Opposition ist auch in der chemischen Industrie nicht ausgeblieben. Die Arbeiter sind aus den Gewerkschaften gelaufen, resp. haben sich ihnen ferngehalten. In manchen Betrieben wurde die Organisation sehr geschwächt und das hat sich nunmehr bei dem letzten Lohnkampf bitter gerächt. Die Leute standen während der Aussperrung ohne organisatorische Unterstützung da.

Dieser Mangel an Solidarität unter der Arbeiterschaft der chemischen Industrie muß behoben werden. Eine intensive Agitation muß jetzt einsehen unter energischer Ablehnung der fremden Hilfe durch die „Opposition“. Je nach den örtlichen Verhältnissen ist die Art der Agitation zu gestalten. Ein bestimmtes Schema, das für alle Orte und Ortsgruppen tauglich wäre, gibt es nicht. Sache der Zahlstellenleitungen ist es, in einer sofortigen Aussprache — wo dies noch nicht geschehen ist — die im Angriff zu nehmenden Agitationsarbeit einzuleiten. Die Aussprachen werden auf Wunsch mit Rat und Tat zur Seite stehen. Wer in den vom Kampfe betroffenen Gebieten jetzt die äußerst günstige Gelegenheit zur organisatorischen Erfassung der Unorganisierten nicht ausnützt, der begeht eine schwere Unterlassungssünde. Alle Funktionäre müssen mobil gemacht und mit entsprechenden Anweisungen versehen werden. Aber auch in anderen Industriezweigen müssen die Vorkommnisse in der chemischen Großindustrie agitatatorisch ausgewertet werden. Es kann hingewiesen werden auf die geschlossene Solidarität der Unternehmer in der chemischen Großindustrie. Der Arbeiterschaft brauchen nur die Tatsachen vorgebracht zu werden, um agitatatorische und nachher organisatorische Erfolge auszuweisen.

Was hatte denn die Arbeiterschaft der chemischen Industrie verbrochen? Sie hatte Lohnforderungen gestellt, um ihre und ihrer Familie bescheidene Existenz etwas zu bessern. Um in der Menschwerdung der Lohnsklaven einen kleinen Schritt vorwärts zu tun. Die Ursache des begangenen „Verbrechens“ ist also die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse. (Armut ist ja bekanntlich strafbar. Wer z. B. bettelt, wird bestraft.) In einigen Betrieben wurde die Arbeit eingestellt. Auch diese Handlung der Arbeiterschaft ist eine Folge der Not, der Armut. Einig und geschlossen wandten sich jetzt die Unternehmer in den Tarifbezirken 7 und 8 der Chemie gegen die Arbeiterschaft. Weil sich die Arbeiterschaft einiger Betriebe erkühdnt hatte, die Arbeit einzustellen, warfen die Unternehmer der nicht betroffenen Betriebe ihre Arbeiter auf die Straße. Haben diese Unternehmer auch aus Not gehandelt wie die Arbeiterschaft? Nein, denn ihr Vertreter hat ausdrücklich erklärt: „Es handelt sich in diesem Falle für uns nicht um einen Lohnkampf im gewöhnlichen Sinne, sondern um ein Prinzip.“

Die Tierbändiger der alten Generation handelten früher nach dem Prinzip, die Tiere so lange hungern zu lassen, bis sie mürbe, also zahm sind. Diese Taktik haben die Unternehmer der beiden genannten Tarifbezirke angewandt. Sie haben Organisierte und Unorganisierte auf die Straße geworfen und damit dokumentiert, ihr Arbeiter seid ohne Ausnahme prinzipiell unsere Feinde. Wer von den betroffenen unorganisierten Arbeitskollegen jetzt noch nicht zur Klassenolidarität errogen ist — errogen durch die Unternehmer —, an dem ist vermutlich jeder Versuch umsonst, bei ihm solidarisches Empfinden zu wecken.

Die Arbeiterschaft der chemischen Industrie soll sich merken: die Herren vom Chemietrust werden in Zukunft immer so handeln, wenn die Situation ihnen günstig scheint, d. h. wenn der Organisationsstand der Arbeiterschaft schlecht ist. Die Leiter des Chemietrusts brauchen ja nicht zu hungern, wenn sie aussperren. Für sie hat der Kampf nicht die gleichen physischen Wirkungen wie für die Arbeiterfamilien. Den Trustherren kann man nur imponieren mit einer geschlossenen Organisation und mit einer gefüllten Verbandskasse. Nur die Furcht einer Gewinneinbuße und damit einer Dividendenverringerng kann sie veranlassen, den Forderungen der

Arbeiterschaft gegenüber eine andere als eine „prinzipielle“ Stellung einzunehmen.

Ziehen wir aus dem Verhalten der Chemietrustmagnaten die Konsequenzen, so könnten diese nur lauten: Alle Funktionäre müssen sofort die Agitationsarbeit aufnehmen unter der Arbeiterschaft, die von den hinter uns liegenden Kampfmaßnahmen betroffen worden ist. Selbstverständlich müssen die Ortsverwaltungen die Initiative zur Einleitung dieser umfassenden Agitation ergreifen. Sollte dieser Mahnruf schon überholt sein, so desto besser. Rührt die Zeit. Jeder ungenutzte Tag ist ein verlorener. An die Arbeit!

Die
deutsche Reichsregierung verhält sich zur endlichen
Regelung der Arbeitszeitgesetzgebung, als hätte sie
nie etwas gehört von der
Ratifizierung
des in Washington am 29. Oktober 1919 getroffenen
Abkommens. Aus wiederholten Reden
des
jetzigen Reichsarbeitsministers ging hervor, daß die
„Verordnung über die Arbeitszeit“ nur eine vorläufige
Regelung sein soll. Wie lange? — Verschiedene Staaten
haben längst die Ratifizierung des
Washingtoner
Abkommens vollzogen, andere Staaten haben die
Ratifizierung vorbereitet und warten nur noch auf
Deutschland. Soll Deutschland in der Völker-Internationale
der reaktionärste Staat sein? Ist das Verhalten der
Reichsregierung etwa die Folge eines
Abkommens
mit den rückschrittlichsten Elementen? Wenn nicht,
dann heraus mit dem die Ratifizierung betreffenden
Gesetzentwurf!

Verschmelzung des Porzellanarbeiterverbandes und des Glasarbeiterverbandes mit dem Verband der Fabrikarbeiter?

Schon vor Monaten sind von unserem Verbands erneute Verhandlungen aufgenommen worden, um die Porzellanarbeiter sowie die Glasarbeiter zum Anschluß an unseren Verband zu bewegen. Dabei war unser Ziel, eine große keramische Gruppe zu bilden, die die gesamte Grob- und Feinkeramik, Porzellan, Glas und Baustoffe umfaßt. In Frage kamen hierbei die Porzellanarbeiter, Glasarbeiter, Töpfer und die Gruppe Steine und Erden im Fabrikarbeiterverband.

Die aufgenommenen Verhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig, da einmal die Glasarbeiter durch Abstimmung beschlossen hatten, dem Bergewerksbund beizutreten, andererseits die Porzellanarbeiter einen selbständigen Keramarbeiter-Verband bilden wollten.

Die Überwindung dieser Schwierigkeiten erforderte bisher eine Reihe von Verhandlungen, bei denen teilweise der Bundesvorstand mitwirkte. Wenn bis jetzt auch nicht alle Schwierigkeiten überwunden werden konnten, so ist doch grundsätzlich Klarheit darüber geschaffen, daß es das erstrebenswerte Ziel aller genannten Verbände sei, einen großen keramischen Verband als Sektion des Fabrikarbeiterverbandes zu schaffen.

Diese grundsätzliche Klärung ebnete den Weg zu weiteren Verhandlungen mit den Porzellanarbeitern, Glasarbeitern und Töpfern mit dem Resultat, daß eine Beiratsitzung der Glasarbeiter am 29. und 30. November 1925 in Jena abgehalten wurde, die sich mit der Verschmelzungsfrage beschäftigte. Das Ergebnis dieser Beiratsitzung wurde in nachstehender Resolution festgelegt, welche einstimmig angenommen wurde:

Durch die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Breslau und die Bestrebungen zur Zusammenfassung der keramischen Verbände in eine Organisation ist der Übertritt der Glasarbeiter in den Bergewerksbund nicht mehr zu erwarten. Diese Ratifizierung wird von allen beteiligten Verbänden und dem Vorstands des BGD. vertretet.

kathartisch fortzuführen und soweit zum Abschluß zu bringen, daß durch Abstimmung auf dem bald einberufenden Verbandstag der Übertritt in den keramischen Verband beschlossen werden kann, sofern die Übertrittsbedingungen genügen.

Für den Fall, daß die Verhandlungen mit den beiden genannten Verbänden nicht abgeschlossen werden können, sollen Verhandlungen mit dem Fabrikarbeiterverband allein geführt werden, die dem Verbandstag die Möglichkeit geben, einen Übertritt des Glasarbeiterverbandes in den Fabrikarbeiterverband zu beschließen, obwohl das Ziel, den keramischen Verband zu schaffen, damit nicht voll erreicht wird.

Im übrigen nimmt die Konferenz der Glasarbeiter mit Bestreben den dem Beschluß der Beiratskonferenz der Porzellaner Kenntnis, weil in dem Beschluß nur von Verhandlungen mit dem Fabrikarbeiterverband gesprochen wird, während die Organisation der Glasarbeiter überhaupt nicht erwähnt ist.

Die Glasarbeiter haben damit klar und deutlich den Weg gezeigt, der im Interesse der beteiligten Arbeiterschaft zu gehen ist.

Ebenfalls am 28. und 29. November 1925 hatten die Porzellanarbeiter ihren Beirat zusammengerufen, um zur Verschmelzungsfrage Stellung zu nehmen. Auch in dieser Sitzung wurde der Beschluß gefaßt, alle keramischen Gruppen zusammenzufassen, um als Sektion im Fabrikarbeiterverband die Interessen aller beteiligten Arbeiter nachdrücklich vertreten zu können.

Es ist ganz selbstverständlich, daß Porzellanarbeiter und Glasarbeiter den Wunsch haben, daß ihr Eigenleben auch im Fabrikarbeiterverbande gewahrt wird. Streitfragen darüber dürfte es aber kaum geben, wenn darüber hinaus die Gesamtorganisation in Rechnung gestellt wird.

Somit darf angenommen werden, daß es recht bald gelingt, die noch vorhandenen Schwierigkeiten mit dem Porzellanarbeiter-Verband zu beheben, um die Zusammenfassung aller keramischen Gruppen zu einem Keramarbeiter-Verband als Sektion des Fabrikarbeiterverbandes Wirklichkeit werden zu lassen. Von der Behebung dieser Schwierigkeiten, die hauptsächlich Verwaltungsfragen betreffen, wird es abhängen, ob der Bergewerksbund auch die bei ihm organisierte Gruppe der Töpfer zum Anschluß an die Keramgruppe im Fabrikarbeiterverband freigibt.

Sind alle in Frage kommenden Gruppen sich ihrer Verantwortung bewußt, dürfte die Verschmelzung nur noch eine Frage von Wochen sein. M. E.

Wodurch Betriebsstilllegungen notwendig werden.

Wiederum soll in Neumied ein Betrieb stillgelegt werden, weil er nach Mitteilungen der Werksleitung nicht rentabel genug arbeitet. Die Leitung der Seifenfabrik Dreiringwerke, Abteilung Neumied, hat schon zur Entschuldigun ihres Vorgehens eine Notiz in der bürgerlichen „Neumieder Zeitung“ ergehen lassen, um jedenfall der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Nach dieser Notiz soll die gesamte Produktion nach dem technisch vollkommensten ausgereiften Schwesterwerk in Krefeld verlegt werden, weil in diesem Werke eine wirtschaftlichere Produktion gewährleistet sei. Allerdings muß man sagen, daß einen Kenner des Betriebes und seiner Betriebsführung diese Stilllegung gar nicht überreicht. Der Betrieb beschäftigt augenblicklich 28 Arbeiter und Arbeiterinnen, wovon die meisten noch Jugendliche sind. In normalen Zeiten waren zirka 50 Personen beschäftigt. Bei dieser Beschäftigungszahl von 28 sind an Angestellten, die in Bureau beschäftigt werden, 10—12, an Werkmeistern 4 im Betriebe, die naturgemäß mit erhalten werden sollen. Bedeutende Summen für Gehälter müssen außer den kargen Löhnen für die Beschäftigten herausgemittelt werden. Aber diese 14—16 Ausfluchtspersonen genügen nicht für einen Betrieb mit 28 Personen, dazu gehören noch, wenn der Betrieb handesgemäß gefeiert werden soll, zwei Direktoren, die allein ein Monatsinkommen beziehen, wie vielleicht 10—15 Arbeiter.

Bei einer solchen Einteilung des Aufsichtspersonals und der Direktoren kann es uns nicht wundern, daß sich der Aufsichtsrat des Gesamtunternehmens sagt, daß die Neumieder Betriebsabteilung nicht wirtschaftlich genug arbeite. Wir hätten aber auch geglaubt, daß man nicht allein im Aufsichtsrat sitzt, um entsprechende Sanftemen in die Tasche zu stecken, sondern man sollte annehmen, daß Aufsichtsratsmitglieder, bevor sie einschneidende Beschlüsse wie in diesem Falle fassen, erst einmal an Ort und Stelle sich von den Tatsachen informieren, bevor sie 30—40 Personen brokos machen. Daß die beiden Direktoren bei ihrer Berichtserstattung an die Aufsichtsinanz in erster Linie daran gedacht haben, daß sie nicht erwerbslos werden, ist erklärlich. Nun wird eine andere Betriebsabteilung mit ihrem nicht unerheblichen Gehalte belastet werden. Wie in diesem Falle, so werden auch in vielen anderen Fällen Stilllegungen herbeigeführt, weil die geschäftlichen Inzungen für die Einflüsterungen der Unternehmervertreter immer noch ein allzu offenes Ohr haben. M. E.

Das Problem der technischen Arbeiter-schulung.

Die Ausbildungsfragen der Arbeiter in der deutschen Industrie stehen heute mit im Vordergrund des Interesses. Mit diesen Worten eröffnete der Vorsitzende der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Herr v. Borst, am 23. November eine Tagung des Arbeitsausschusses für Berufsausbildung. Der Arbeitsausschuss für Berufsausbildung (A. J. B.) ist eine Gründung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, des Industrie- und Handelstages, des Ausschusses für Technisches Schulwesen und ähnlicher Organisationen. Am

8. Oktober wurde außerdem in Düsseldorf das Deutsche Institut für technische Arbeiterbildung errichtet...

In der Korrespondenz 'Reichsindustrie', wo über die Sitzung des A. J. B. berichtet wird, heißt es deshalb auch ganz richtig: Wir kommen aus dem Zwang unserer Wirtschaft: Erhöhung der Produktion pro Mann, nicht heraus.

Erhöhung der Produktion pro Mann, Steigerung der Ergiebigkeit der menschlichen Arbeitskraft, das ist das Ziel, das sich die Unternehmer gestellt haben.

Hierzu sind gegenwärtig nicht zu wenig, sondern zu viel menschliche Hände vorhanden. Dies wird sich aller Voraussicht nach in den nächsten Jahren ändern.

Aus der Industrie

Chronische Industrie

Geißel.

Das Harzerode wird mitgeteilt, daß in der Pulverfabrik J. F. Eisfeldt, Silberhütte (Hann.), am 10. November eine Explosion erfolgte...

Papier-Industrie

Was fordern die Arbeitgeber?

Nach dem letzten Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums läuft der Gesamtarbeitsvertrag und die Arbeitszeitverabbarung am 31. Dezember 1925 ab.

Trotzdem der Ostpreussische Arbeitgeberverband dem Arbeitgeberverband der deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie nicht mehr angehört...

Bekanntlich arbeiten nur 9,3 Prozent der Arbeitnehmer in der deutschen Papiererzeugungs-Industrie im Zwei-Schichten-System.

Im bisherigen Gesamtarbeitsvertrag war vorgesehen, daß nicht mehr als 4 Ortsklassen im jeweiligen Gruppenvertrag vorhanden sein dürfen.

Entsprechend seiner Forderung zur Arbeitszeitregelung will der Arbeitgeberverband erst von der 61. Wochenarbeitsstunde einen Zuschlag von 25 Prozent gewähren.

Selbstverständlich lehnt es der Arbeitgeberverband nach wie vor ab, für die regelmäßige Nachtarbeit einen Zuschlag zu zahlen.

Für Handholzschlägereien mit Wasserkraft sollen nicht nur die bisherigen Zuschläge von 50 Prozent für Sonntagsarbeit und 100 Prozent für die Arbeit an den hohen Festtagen auf die Hälfte ermäßigt werden.

In der Ferienfrage unterliegt die Unternehmerforderung es, die Mindest- und Höchstzahl der Urlaubstage anzugeben.

druck bringen wollen. Bei fristloser Entlassung oder bei Austritt unter Vertragsbruch soll nicht nur der Anspruch auf anteiligen Urlaub im neuen Jahre, sondern auch der bereits erworbene Urlaub für die zurückliegende Tätigkeit erlöschen.

In Betrieben, in denen zwischen Betriebsleitung und Betriebsvertretung die tägliche Lohnzahlung vereinbart war, mußte bisher jede Woche eine Abschlagszahlung in der annähernden Höhe des Wochenverdienstes erfolgen.

Bisher war die Akkordarbeit zulässig. In Zukunft wollen die Arbeitgeber eigenmächtig über die Einführung von Akkordarbeit bestimmen.

Die bisherigen Bestimmungen über Mietverträge in Werk- und Fabrikwohnungen sollen nach der Arbeitgeberforderung in Wegfall kommen.

In den Schlichtungsbestimmungen sind gleichfalls erhebliche Verschlechterungen in den Arbeitgeberforderungen vorhanden.

Die Sehnsucht der Arbeitgeber nach moralischer und finanzieller Unterstützung der gelben Werkvereine und völkischen Kampfvereine scheint im Arbeitgeberlager ziemlich verbreitet zu sein.

Aus dieser kurzen Skizzierung der Arbeitgeberforderungen dürfen die gewerkschaftlich organisierten Papierarbeiter ersehen, daß es sich zum Teil um ganz erhebliche Verschlechterungen ihres bisher tariflich geregelten Arbeitsverhältnisses handelt.

Die Papierarbeiterchaft hat deshalb alle Ursache, durch Stärkung ihrer Organisation dafür zu sorgen, daß die Verschlechterungswünsche der Arbeitgeber nicht zur Durchführung gelangen.

Nach einer Notiz der 'Papierzeitung' Nr. 94, Jahrgang 1925, ist die Papierholzeinfuhr aus der Sowjetunion in den letzten Monaten wesentlich zurückgegangen.

Die Papierholzeinfuhr aus der Sowjetunion hat sich im Juli d. J. im Vergleich mit dem Juli d. J. um 20 Prozent erhöht.

Vom Papierholzmarkt

Die Papierholzeinfuhr aus der Sowjetunion hat sich im Juli d. J. im Vergleich mit dem Juli d. J. um 20 Prozent erhöht.

Die Papierholzeinfuhr aus der Sowjetunion hat sich im Juli d. J. im Vergleich mit dem Juli d. J. um 20 Prozent erhöht.

Table with 2 columns: Month and Quantity (in 1000 tons). Rows for Juni, Juli, August, September.

Die Tatsache dieser ungeheuren Papierholzeinfuhr aus Deutschland ist einfach ein Skandal. Die Ursachen können doch nur darin liegen, daß mit Hilfe einer starken deutschen Papierholzeinfuhr die deutschen Papierholzpreise zugunsten der deutschen Forstwirtschaft...

Papierholz bildet den Hauptrohstoff für die deutsche Papiererzeugungsindustrie. Jede künstliche Hochhaltung der Preise ist deshalb gleichbedeutend mit einer künstlichen Hochhaltung der Papierpreise.

Die Papierholzeinfuhr aus Deutschland ist einfach ein Skandal. Die Ursachen können doch nur darin liegen, daß mit Hilfe einer starken deutschen Papierholzeinfuhr die deutschen Papierholzpreise zugunsten der deutschen Forstwirtschaft...

Industrie der Steine und Erden

Abschluß der Lohnbewegung der pfälzischen Ziegeleiarbeiter.

Am 12. 9. wurden beim Arbeitgeberverband für die pfälzischen Ziegeleien Lohnerbhöhungen für die Ziegeleiarbeiter beantragt.

Berücksichtigt wurde einerseits die schwere wirtschaftliche Lage der Ziegeleindustrie, andererseits die durch die Inflation bedingte Verteuerung der Lebenshaltung um rund 5 Prozent.

Da die Arbeitgeber den Spruch ablehnten, wurde von Arbeitnehmerseite die Verbindlichkeitsklärung beim Landesschiedsrichter für die Pfalz beantragt.

In Beantwortung des Schreibens vom 14. November 1925 beehrte ich mich mitzuteilen, daß der Herr stellvertretende Schlichter für die Pfalz mir die Akten betreffend die pfälzische Ziegeleindustrie mit dem Bemerkern überwiefen hat...

Auf telephonische Beschwerde beim stellvert. Landesschiedsrichter für die Pfalz wegen der Verzögerung erklärte Herr Ober-Regierungsrat Dr. Pövelein, daß die Begründungen der Parteien mit den Akten sofort nach München gelangen sind.

Die Überprüfung der ganzen Akten, auch der Parteierklärungen, die am 17. 11. nach dem Schreiben des Herrn Dr. Fug noch nicht in München vorlagen, wurde dann sehr schnell vorgenommen.

Der Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses Ludwigsbafan vom 15. Oktober wird abgelehnt.

Durch den für die Verbindlichkeitsklärung in Betracht kommenden Schiedsspruch wird der Lohn des Ziegeleiarbeiters von 68 Pf. auf 72 Pf. pro Stunde erhöht.

Die Voraussetzungen für den Anspruch der Verbindlichkeitsklärung gemäß Art. 1 § 6d Schl.-V. v. 30. 10. 23 sind im vorliegenden Falle nach eingehender Überprüfung des von den Streitparteien zur Verfügung gestellten Materials als nicht gegeben zu erachten.

Es wird also anerkannt, daß die Löhne in der Pfalz zu niedrig sind, aber sie sollen erst dann erhöht werden, wenn der gegebene Zeitpunkt abgelaufen ist.

Es wird also anerkannt, daß die Löhne in der Pfalz zu niedrig sind, aber sie sollen erst dann erhöht werden, wenn der gegebene Zeitpunkt abgelaufen ist.

Es wird also anerkannt, daß die Löhne in der Pfalz zu niedrig sind, aber sie sollen erst dann erhöht werden, wenn der gegebene Zeitpunkt abgelaufen ist.

dem Landesrichter, daß sie sich dieses nicht gefallen lassen würden. In dem Schreiben des Arbeitgeberverbandes vom 28. 10. 23 an den stellvertretenden Landesrichter heißt es:

Wir wollen den Herrn Landesrichter bereits heute nicht im unklaren lassen, daß wir in Abwehrmaßnahmen gezwungen würden, wenn uns eine Erhöhung der gegenwärtigen Löhne aufgezwungen werden sollte.

Anschließend hat dieser Satz seine Wirkung bei dem Landesrichter für Bayern, Herrn Dr. J. J. (München), nicht verfehlt. Wie kann es auch in Bayern anders sein. Auch der bayerische Schlichter will der nichtvorhandenen Anweisung des Reichsarbeitsministeriums sich nicht entgegenstellen, auch dann nicht, wenn nach seiner eigenen Auffassung die Löhne in der Praxis für die Arbeitererhöhung erheblich zurückgeblieben sind. Ist es denn wirklich wahr, daß der Wunsch der Arbeitgeber für die Schlichter Befehl ist?

Die Arbeiterschaft weiß, daß sie von der jetzigen Regierung nichts zu erwarten hat. Aber sie kann sie verlangen, daß die Regierungsinstanzen bei der Beurteilung von Arbeitsstreitigkeiten sich nicht einseitig einstellen. Es kann jedenfalls gesagt werden, daß in letzter Zeit die Schlichter, die den Arbeitern eine kleine Verbesserung brachten, von den Schlichtern abgelehnt wurden; wenn es sich aber um Schlichter handelt, die Nachteile für die Arbeiterschaft bringen (z. B. Arbeitszeitverlängerung usw.), dann sind die Schlichter rasch bei der Hand, der Arbeiterschaft durch Verbindlichkeitsklärung den Rechtsboden zu entziehen. Wegen derartiger Handhabung der Schlichtungsverordnung müßten wir ganz entschieden Protest einlegen. Die Schlichtungsverordnung will, daß auch den wirtschaftlich Schwachen Hilfe, evtl. auch durch Zwang, zuteil wird. Wenn der wirtschaftlich Starke sich seinen sozialen Verpflichtungen entziehen will.

Die Schlichtungsausschüsse als Vorinstanz der Schlichter würden gemäß bei ihrer Urteilsbildung die wirtschaftlichen Verhältnisse der Betriebe sehr reichlich. Daher sind die Schlichter für die Arbeiter sehr oft schwer tragbar. Wenn aber die Oberinstanzen nochmals nur die Wirtschaftlichkeit der Betriebe beachten und andererseits die Not der Arbeiterschaft überhaupt nicht berücksichtigen, dann muß man zu dem Schluß kommen, daß die Schlichter nur den Wünschen der Arbeitgeber Rechnung tragen. Das kann und wird sich die Arbeiterschaft auf die Dauer nicht gefallen lassen.

Die Arbeiterschaft wird sich im gegebenen Zeitpunkt ohne Schlichter selbst helfen. Holt den letzten Zielarbeiter herein in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands! J. Kern.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im „Luisenwerk“ in Voigtstedt.

Unter dieser Überschrift erschien im „Proletarier“ Nr. 44 ein Artikel, der sich mit den genannten Fragen beschäftigte. Mit Datum vom 20. November lief bei der Redaktion ein Schreiben von dem Direktor der Luisenwerke, Otto Werkmann, ein mit dem Ersuchen um Übersendung einiger Nummern des „Proletariats“ Nr. 44. Dem ist die Redaktion nachgekommen. Das Schreiben des Herrn Direktors schloß: „Mit gebührender Hochachtung“.

Einige Tage später landete Herr Direktor Werkmann der Redaktion die „Arbeiter Zeitung“ Nr. 275 vom 24. November 1923. Dieses Blatt enthält unter „Eingekandt“ eine Entgegnung Werkmanns auf unseren Artikel, wofür die Redaktion der „Arbeiter Zeitung“ die Verantwortung ablehnt. Um zu zeigen, was ein Direktor zu sagen weiß, wenn er polemisch wird, zitieren wir nur einige wesentliche Sätze:

Herr Direktor Werkmann überschreibt seinen Artikel: „Wahlarbeit des Verbandes der Fabrikarbeiter“. Er bestreitet dann, daß er den Betriebsrat ausgeschaltet hat. Und weshalb wurde er ausgeschaltet? Dazu schreibt der Herr Direktor: Entlassung der führenden, bewanderten und lästigen Elemente war nicht möglich, denn über sie hielt der Betriebsrat die schirmende Hand, und die größten Faustpfeile und Heher befanden sich ja unter den Betriebsräten selbst.“

Der Betrieb wurde dann stillgelegt, und der Herr Direktor war den Betriebsrat los. Der Herr Direktor gebraucht recht kräftige Worte, und so sagt er weiter:

Daß ich bei Wiedereinstellung die Zugehörigkeit zu einem nationalen Verbands zur Bedingung gemacht haben soll, ist eine Lüge.“

Die auf eine Verheißung hinauslaufende Darlegung, daß die Akkordlöhne nach wenigen Tagen abgeschafft, die Akkordleistung aber auch im Stundenlohn gefördert sei, und daß, wer sich nicht füge, entlassen werde, ist eine Unverschämtheit. — — — — — Dann redet Herr Direktor Werkmann von dem mitgliedungsrigen Verbands, von „Herkunft“, und von dem Verband, dessen Sekretäre von den Mitgliedsbereitungen ihrer Genossen leben müssen“ usw.

Wir enthalten uns jeder polemischen Bemerkung zu den Ausführungen des Herrn Direktors. Wir wollen hier nur noch an einem Beispiel die mangelnde Logik in den Ausführungen des Herrn Direktors nachweisen. Er schreibt:

Gerade in der Inflationszeit — — — — — wurde durch unzeitgemäße Forderungen und Hebereien seitens des Fabrikarbeiterverbandes — — — — — die Arbeiterschaft — — — — — laßig in der Arbeitsleistung, daß das gut fundierte Werk in die erste Gefahr kam, zusammenzubrechen.

Ganz im Gegensatz hierzu heißt es dann an anderer Stelle: Die Behauptung, daß nach Wiederaufnahme der Arbeit im Jahre 1923 die Löhne der Arbeiter ausgenützt und die Löhne gedrückt worden seien, entbehrt jeder Begründung. Im Gegenteil hat das Luisenwerk als erstes vor allen anderen Werken die Lohnzahlung in Goldwährung eingeführt, weil die Werksleistung die vom Verbands festgesetzten Tariflöhne in der größten Inflation für ungenügend hielt.“

Also die unzeitgemäßen Forderungen des Fabrikarbeiterverbandes in der Inflationszeit konnte das Werk nicht tragen, deshalb hat die Werksleistung die Goldwährung eingeführt, weil die vom Verbands festgesetzten Tariflöhne ungenügend waren.

Allgemein sei Herrn Direktor Werkmann gesagt: Nur Geduld wir sehen und sprechen uns wieder!

Verschiedene Industrien

Die Mitwirkung der unorganisierten Heimarbeit in den Fachauschüssen.

Durch das neue Hausarbeitsgesetz vom 30. Juni 1923 ist die Möglichkeit gegeben, den ärgsten Mißstand in der Heimindustrie, die niedrigen Löhne, zu beseitigen. Der Kernpunkt des Gesetzes besteht darin, daß in Heimarbeitbezirken Fachauschüsse gebildet werden, mit deren Hilfe dort, wo anzulängliche Löhne gezahlt werden, Mindestgehälter festgesetzt und dieselben evtl. für verbindlich erklärt werden können. Einer gewerkschaftlich geschulten Arbeiterschaft wäre es möglich, mit Hilfe dieses Gesetzes ihre wirtschaftliche Lage etwas zu verbessern.

Die unorganisierte Heimarbeiterschaft weiß jedoch damit nichts anzufangen. Sie hat bis heute noch nicht ihre Klassenlage erkannt, sie weiß nicht, welche Macht die Arbeiterschaft in der Einigkeit, Geschlossenheit und im bewußten Handeln besitzt. Die völlige Unkenntnis aller arbeitsrechtlichen Bestimmungen kommt jedwede erfolgreiche Tätigkeit der Fachauschüsse. In Deutschland sind in den letzten Jahren eine Reihe derartiger Fachauschüsse ins Leben gerufen worden.

Die Zusammenlegung derselben gestaltet sich häufig deshalb sehr schwierig, weil die Auswahl geeigneter Vertreter aus den Reihen der Unorganisierten, wie es das Gesetz vorschreibt, einfach unmöglich ist. Die Praxis lehrt uns, daß gerade die Mitarbeit der Unorganisierten in den Fachauschüssen jeden Erfolg in Frage stellt. Wie unfähig die unorganisierte Heimarbeiterschaft ist, ihre Interessen geltend zu machen, beweist folgender Vorgang, dessen Darstellung einem Ausfluß über Fachauschüsse der Nr. 36 des „Reichsarbeitsblattes“ entnommen ist:

Ein Fachauschuss hatte, da eine Einigung über die den Entgelten zugrunde liegenden Arbeitszeiten nicht erzielt werden konnte, ein Probenstück veranlaßt. Dieses führte zu unverständlichen, kurzem Arbeitszeiten, wohl daher, weil die Arbeiterinnen in Verkennung der Lage glaubten, ihre Tüchtigkeit beweisen und sich besonders anstrengen zu müssen.

Wünsche und Anregungen aus den Kreisen der unorganisierten Heimarbeit an den Fachauschuss zur Verbesserung ihrer Lage werden nicht laut, im Gegenteil, die Heimarbeiter weigern sich sehr oft, die Höhe des verdienten Lohnes Aufschlagspersonen gegenüber anzugeben, so daß ein Einschreiten des Fachauschusses und eine evtl. Bestrafung des Unternehmers unmöglich wird.

Aus dem oben Gesagten ergibt sich, daß die Heimarbeiterschaft in ihrer Mehrheit weder durch Selbsthilfe noch durch staatliches Eingreifen imstande ist, ihrer Ausbeutung durch den Unternehmer Schranken entgegenzusetzen. Scher unsichtbar erscheint das Problem der Heimarbeit. Trotz alledem muß immer und immer wieder versucht werden, die Heimarbeiter aus ihrer Teilnahmslosigkeit aufzurütteln; dies kann nur durch eine wirksame Agitation der Gewerkschaften in der Heimindustrie geschehen. Ihr Denken und Streben muß in unserem Sinne beeinflusst werden. Aber auch jede Arbeiterin, jeder Arbeiter hat die Pflicht, sie aufzuklären und der Organisation zuzuführen, was ja auch auf dem 12. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands in den zwei letzten Sätzen der Entschließung zur Heimarbeit zum Ausdruck kam: Alle Gewerkschaften fordern von ihren Mitgliedern die Ausbreitung des Solidaritätsgedankens in den Kreisen ihrer Arbeits- und Klassenossen als eine moralische Pflicht. Diese Verpflichtung schließt auch das Wirken für den Solidaritätsgedanken in der eigenen Familie ein, wie es frühere Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse schon wiederholt zum Ausdruck gebracht haben.

Der 12. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands erneuert die Beschlüsse und fordert alle Mitglieder der Gewerkschaften auf, in Zukunft mehr als bisher dahin zu wirken, daß ihre Frauen und weiblichen Familienangehörigen, die Heimarbeit verrichten, sich der für ihren Berufsweig zuständigen Gewerkschaft anschließen und die von der Gewerkschaft abgeschlossenen Lohnabkommen unbedingt einhalten.

Verfälsche gegen die guten Sitten.

Ein Kollege aus der Blumenindustrie schreibt: Die durch das Ableben der Königinmutter in England verfügte dreimonatige Landestrauer macht sich in der Blumenindustrie gütig bemerkbar, denn die Engländer haben wesentliche Bestellungen in guter Blume und Dekoration für die Trauer bestellt. Die Artikel sind in schwarzer Farbe und sofort zu liefern. Die Aufträge kamen zur rechten Zeit, denn die Industrie ist jetzt vor Weihnachten sehr schlecht beschäftigt. Die Arbeiterschaft atmet auf, denn jetzt vor Weihnachten ohne Verdienst ist doppelt schlimm. In unserem Betriebe hörte ich ein Gespräch junger Leute, die die Frage ventilieren, wie lange wir Trauer hätten, wenn etwa Hindenburg sterben würde. Ein junges Mädchen vertat die Auffassung, daß dann mindestens 6 Monate Trauer sein müßte und somit die schwarzen Artikel lange Zeit Arbeit sichern würden.

Zur Krise selbst in der Blumenindustrie sei folgendes gesagt: Die Mode beeinflusst die Industrie sehr stark, und die minimale Kaufkraft allerorts zwingt zur starken Einschränkung von Puff und überflüssigem Luxus. Wenn man Jahrzehnte in der Blume beschäftigt ist, weiß man aber auch, daß die Fabrikanten an der Krise nicht ganz schuldlos sind, denn sie haben durch die überspannte Profigier der Industrie in hohem Maße den kunstgewerblichen Charakter genommen. Der Export geht zurück, denn die wichtigsten Absatzgebiete: Frankreich, England und Amerika, produzieren heute qualitativere Artikel als Deutschland. Auslandsaufträge laufen nur vorwiegend auf Massenartikel und sekundäre Fabrikate ein. Unsere Unternehmer führen den Konkurrenzkampf mit den unanglücklichen Mitteln. Eigenmächtige Abdingung der geringen Tariflöhne sind nach deren Meinung das Allheilmittel. Ob durch solches Beginnen von kaufmännischer Unfähigkeit gesprochen werden kann, soll hier nicht erörtert werden. Die geringe Arbeitsmöglichkeit und des Fehlens einer anderen Industrie benutzt man zum Mißbrauch der wirtschaftlichen Macht. Für letzteres wollen wir der Öffentlichkeit einige Beispiele nicht vorenthalten. Ein Unternehmer erklärt seinen Leuten, daß ein Auftrag in Aussicht steht und nur geliefert werden kann, wenn man sich den Akkordlohn kürzen läßt. Ein Schläucherer sagt, daß die Order U 41 billiger hergestellt werden muß. Von der Not getrieben, nimmt der Arbeiter zu, und nun wird bis zum Sankt-Nimmerleinstag jeder Akkordzettel mit U 41 bezeichnet. Das bedeutet weniger Lohn auf unbestimmte Sicht, denn eine Kontrolle, wann der Auftrag erledigt ist, gibt es nicht. Druckerarbeit, mit 75 Pf. im Betrieb bezahlt, geht in Heimarbeit für 5 Pf. pro Gros, während der Betriebsarbeiter aussehen darf. Eine Betriebsakkordarbeiterin, welche in 48 Stunden mindestens 21,12 Mk. verdienen muß, erhält für 60 Stunden Betriebsarbeit, einschließlich Heimarbeit des Nachts, ganze 16 Mk. pro Woche. Sie wurde trislos auf die Straße gesetzt, weil sie ihren Lohn einlieferte. Eine andere Firma nötigt den Betriebsrat durch Unterdrückung der Arbeiter auf den Tariflohn verzichten zu lassen, andernfalls die Entlassung droht. Ein kleiner Maschinenverfälscher, der im Betrieb für Heimarbeitelohn gearbeitet wird, Betriebskräfte kennt man nur dann, wenn der Proff gesichert werden soll oder die Gewerbeaufsicht kommt, sonst

bestimmt man alles selbst. Derartige Verfälsche gegen die guten Sitten könnte man noch um Hunderte erweitern. Die Arbeitgeber scheinen eine besondere Auffassung von Tarifstreue zu haben. Es ist nicht deplaciert, wenn gesagt wird, daß mindestens 50 Prozent der Blumenarbeiter unter Tarif bezahlt werden. Kurios wirkt es, wenn man weiß, daß unter den Rechtsbeugern Lohnkommissionsmitglieder und solche, welche mit ihren Namen Tarifverträge zeichnen, sich befinden. Uneingeweihten mögen solche Zustände unglücklich erscheinen, sie treffen aber für Neustadt und Sebnitz zu. Von den ausländischen Aufkäufern, welche ständig hier sind, werden die lohnpolitischen Maßnahmen der Blumenfabrikanten weidlich ausgenutzt.

Im Unternehmerlager schreit man immer über die enormen Preisdrückereien durch die Engländer und Amerikaner und denkt nicht darüber nach, daß man ja selbst den Anlaß gibt, denn die Ausländer sind sehr gut über die miserable Entlohnung im Wilde und wissen, daß sehr billig produziert werden kann, weil es ja allgemein heißt, daß die hohen Löhne die Produktion verteuern. In keiner anderen Industrie kann es solche Zustände geben, und zwar deshalb nicht, weil die Arbeiterschaft den Wert des Zusammenschlusses schon längst erkannt hat. Wir rufen auch den Blumenarbeitern in letzter Stunde zu, sorgt in den Betrieben für eine geschlossene Organisation, insbesondere gilt das den Weiblichen, denn sie sind unorganisiert für die Männer eine große Gefahr.

Ein Erlaß des Ministers für Volkswohlfahrt.

Das Hausarbeitsgesetz vom 20. Dezember 1911 in der Fassung vom 30. Juni 1923 verfolgte durch Einwirkung auf die Arbeitsbedingungen das Ziel, dem Heimarbeiter die Beschaffung des wichtigsten Lebensbedarfs durch eigene Arbeit zu sichern. Die Erreichung dieses Zieles würde eine erhebliche Entlastung für die Fürsorgeverbände bedeuten, denn bei unzulänglichem Arbeitsentgelt wird häufig die öffentliche Fürsorge in Anspruch genommen. Wie der Allmähliche Preussische Pressedienst mittelt, regt der preussische Minister für Volkswohlfahrt in einem Erlaß daher an, daß sich die Fürsorgeverbände, wenn ihnen bei der Entscheidung über Unterhaltungsanträge von Heimarbeitern und deren unterhaltungsrechtlichen Angehörigen die Arbeitsverhältnisse unzulänglich erscheinen, mit dem zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten verständigen, damit dieser von den nach dem Hausarbeitsgesetz bestehenden Möglichkeiten zur Besserung der Lohnbedingungen Gebrauch machen kann.

Frauenfragen.

Die Frau in der Genossenschaftsversammlung. Es wäre die natürlichste Erscheinung der Welt, wenn im Konsumgenossenschaftlichen Leben die Frauen mehr noch als bisher das eigentlich aktive Element wären. Die Frauen stehen als Vertreterin des Familieninkommens in weit näherer Beziehung zum Konsumverein als die Männer. Diese nahe Beziehung zur Frau muß der Konsumverein pflegen, er muß alles tun, um der Frau den Gang in die Verteilungsstelle leicht und angenehm zu machen. Viel ist schon getan, wenn der Konsumverein mit seiner materiellen Leistung die Frauen an sich zieht und an sich festhält. Aber damit ist noch nicht alles getan. Es gibt zu viele Möglichkeiten, die Frau vom Konsumverein und dessen nützlichen Wirken abzulenken, als daß nicht so manche Frau dem oft schmerzhaften Vorwurf nachliefe. Die zu geringen Umsätze vieler Konsumvereine beweisen das so gut wie die Tatsache, daß eine erschreckend große Anzahl Kleinhandelsgebeten auf ausreichende Kaufkraft rechnen können. Würden sich alle Frauen nur nach der wirklich gegebenen Leistung richten, so müßte ihre Entscheidung oft anders ausfallen und der Konsumverein müßte seine Umsätze schnell steigen sehen. Es wird demnach gut sein, nach dem anderen Grunde zu forschen, der viele Frauen vom Konsumverein fernhält.

Die Frauen sind durch ihre Hausarbeiten sehr in Anspruch genommen. Ihre Zeit geht hin in Sorgen um den Unterhalt der Familie. Wenn sich manchen Frauen der Konsumverein nicht immer augenfällig als der Spender materiellen Nutzens zeigt, so ist es leicht möglich, daß die Frauen achlos am Konsumverein vorbeiziehen. Die Frauen gewinnen auf diese Weise ein nur sehr einseitiges Verhältnis zum Konsumverein und zur Konsumgenossenschaftsbewegung. Der Konsumverein will doch weit über den billigen Preis hinaus Nutzen für die Verbraucher schaffen. Es ist seine Aufgabe, die ganze Güterverteilung auf eine gesündere, für den Verbraucher nützlichere Grundlage zu stellen. Unsere Frauen müssen von dieser nie ruhenden Arbeit der Konsumvereine wissen. Sie müssen sehen, daß Wichtiges am Werk ist, das zwar nicht heute oder morgen fertig dastehen kann, das sich aber entwickelt und einmal sein wird. Unsere Frauen müssen dieses Wissen von der großen Aufgabe des Konsumvereins in sich tragen. Gerade die Frauen sollen sehen, wissen, erkennen, damit ihnen bei den Mühen und Sorgen des Alltags dieses Wissen helfen kann, das Kleinliche zu überwinden, das oft so wild wuchert und den Willen zum Guten lähmt.

Die Verursachung der Frauen.

Nach einer Zusammenstellung, die in „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht wurde, waren von je 100 Beschäftigten in den nachstehend bezeichneten Gewerbegruppen weiblichen Geschlechts:

	1913	1919	1922
Bergbau, Hütten- und Eisenerzgewerbe	1,4	4,8	1,6
Industrie der Steine und Erden	11,2	16,1	16,0
Metallverarbeitung	12,1	18,5	18,0
Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate	6,4	12,2	10,5
Chemische Industrie	14,8	20,6	17,5
Industrie der forstwirtschaftlichen Nebenprodukte usw.	11,1	15,5	15,7
Spinnstoffgewerbe	43,5	57,7	57,0
Papierindustrie	32,5	58,7	57,5
Lederindustrie	17,7	27,0	27,4
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	8,0	13,4	12,1
Nahrungsmittelgewerbe	26,8	34,7	36,5
Bekleidungsindustrie	60,4	62,6	60,9
Reinigungsgewerbe	71,2	75,2	70,7
Baugewerbe	0,5	1,3	0,6
Verdiensttätigungsgewerbe	22,7	27,3	30,2

Von 1913 bis 1922 also überall eine beträchtliche Zunahme, von da bis 1922 im allgemeinen eine Abnahme der weiblichen Berufsarbeit.

Rechtssprechung.

Auslegung eines Prämienvertrages.

Die Papierfabrik Reisholz A. G., Abt. Rudwerke Arnberg, muß circa 20 000 Mk. an ihre 300 Arbeiter nachzahlen. Das Landgericht Arnberg hat als Berufungsgericht am 27. 10. 1923 (Rz. 3. S. 232/233 25) das Urteil des Obergerichts Arnberg bestätigt, und zwar mit folgender Begründung:

Die unter den Parteien geltende unstrittige Prämienordnung lautet: Für jede die nachstehende Produktion übersteigende voll erreichte 1000 Kilogramm Karbon werden gezahlt: a) von 48 000—48 000 Kilogramm in Gruppe I 0,08 Mk., Gruppe II 0,09 Mk., Gruppe III 0,12 Mk.; b) über 48 000 Kilogramm in Gruppe I 0,12 Mk., Gruppe II 0,18 Mk., Gruppe III 0,24 Mk.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Gesundheitsgefahren der Glasarbeiter. Die Statistik über die gesundheitlichen Verhältnisse der Glasarbeiter enthält alljährlich ein betrübendes Bild des Elends. Eine eindringliche Sprache reden die Zahlen über die Lungen- und Nierenkrankheiten.

Der Zentralverband der Glasarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands betrachtet es von jeher als seine wichtigste Aufgabe, seinen Berufskollegen gesundheitlich bessere Arbeitsbedingungen zu verschaffen.

Die größte Gefahr für die Gesundheit der Glasarbeiter liegt in ihrer Tätigkeit. Wer die Glasmacherarbeit, die Einfertigung von Fensterglas, Grobglas, Hochglas und Flaschen kennt, weiß, wie anstrengend diese Arbeit ist.

Das Werkzeug, die sogenannte Glasmacherpfefte, wandert also von Hand zu Hand; je nach Betriebsart und Einrichtung kommt es vor, daß je ein Arbeiter abwechselnd dieselbe Pfeife zum Aufblasen des Glases in den Mund nehmen. Eine funktionierende Desinfizierung der Glasmacherpfefte ist bei der Arbeit unzureichend.

Der Fortschritt der Technik hat auch auf diesem Gebiete sich gezeigt und es ermöglicht, daß die Gefahren für das Leben und die Gesundheit der Glasarbeiter beseitigt werden können, soweit es sich insbesondere um die Übertragung der Krankheitserreger durch die Glasmacherpfefte handelt.

Der Fortschritt der Technik hat auch auf diesem Gebiete sich gezeigt und es ermöglicht, daß die Gefahren für das Leben und die Gesundheit der Glasarbeiter beseitigt werden können, soweit es sich insbesondere um die Übertragung der Krankheitserreger durch die Glasmacherpfefte handelt.

Der Fortschritt der Technik hat auch auf diesem Gebiete sich gezeigt und es ermöglicht, daß die Gefahren für das Leben und die Gesundheit der Glasarbeiter beseitigt werden können, soweit es sich insbesondere um die Übertragung der Krankheitserreger durch die Glasmacherpfefte handelt.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Georg Reuß 1.

Am Freitag, dem 27. November, verschied nach kurzem Leiden im Alter von 71 Jahren Georg Reuß, ein Mitbegründer des Zentralverbandes der Schuhmacher.

Berichte aus den Zahlstellen.

Sommerda. Die Unentwegten. Auf der Dachziegelabrik S. Martini (Sommerda) wurden wegen Kampagnenschluß des Nebenbetriebes Backsteinfabrikation die Salomonarbeiter entlassen.

Ein anderer dieser Wirkstoffe verpasste einen derartigen Bissinn über die Rechte der Betriebsvertretungen bei Entlassungen, daß es dem Organisationsvertreter ein Leichtes war, durch Darlegung der wirklichen Rechtsverhältnisse die Belegschaftsangehörigen vor künftigen Schäden zu bewahren.

Den Vogel schloß aber der dritte dieser Unentwegten, revolutionären Heiden ab. Als er wegen der von seiner Frau, die mit im Werke beschäftigt ist, geleisteten Sonntagsarbeit, zu welcher auch seine schulpflichtigen Kinder mit hinzugezogen worden sind, zur Rede gestellt wurde, entschuldigte er das damit, daß für ihn christliche Sonn- und Feiertage überhaupt nicht existieren und er und seine Familienangehörigen an solchen Tagen immer arbeiten würden.

Es wird endlich allerhöchste Zeit, daß die Belegschaften gegen solche Schädlinge der Arbeiterinteressen energisch Front machen. Die Zeit muß ein für allemal vorbei sein, wo Leute mit solchem Verhalten die Belegschaftsvertretungen zum Zummelpfad ihrer arbeiterschädigenden Auffassungen machen können.

Wirtschaftliches.

Die Getreide-Valorisation.

Unsere Großagrarier sind nicht satt zu kriegen. Sie haben schon wieder ein neues Feldgeschrei, um sich die Taschen zu füllen. Das Reich soll die Reichsgetreidekasse neu aufladen lassen, damit der Getreidepreis nicht sinkt.

Der Weltmarkt im Jahre 1924. Im Jahre 1924 standen, wie aus einem vor kurzem vom Völkerbund veröffentlichten Memorandum über Zahlungs- und Handelsbilanzen 1910 bis 1924 hervorgeht, die Preise der Weltmarktgüter etwa 50 Prozent über denen der Vorkriegszeit.

Der Weltmarkt im Jahre 1924. Im Jahre 1924 standen, wie aus einem vor kurzem vom Völkerbund veröffentlichten Memorandum über Zahlungs- und Handelsbilanzen 1910 bis 1924 hervorgeht, die Preise der Weltmarktgüter etwa 50 Prozent über denen der Vorkriegszeit.

Der Weltmarkt im Jahre 1924. Im Jahre 1924 standen, wie aus einem vor kurzem vom Völkerbund veröffentlichten Memorandum über Zahlungs- und Handelsbilanzen 1910 bis 1924 hervorgeht, die Preise der Weltmarktgüter etwa 50 Prozent über denen der Vorkriegszeit.

wurden in der Nachkriegszeit viel lebhafter. So fanden die Vereinigten Staaten 1924 11 Prozent ihrer Ausfuhr nach Asien, 1913 dagegen nur 5 Prozent. Ebenso stieg in Kanada die asiatische Exportanteile auf das Dreifache, und auch Japan und China bevorzugten in der Ausfuhr in stärkerem Maße die amerikanischen Länder.

Rundschau.

Baldwin über Sozialpolitik.

Wie ruhig und sachlich auch heikle Fragen der Sozialpolitik betrachtet werden können, dafür zeugen Ausführungen, die kürzlich der englische Ministerpräsident Baldwin auf einer Festkündigung des Nationalen Instituts für industrielle Psychologie machte.

Literarisches.

Blühender Blödsinn, 1000 Witze von Ernst Warlich, 280 Seiten, Titelbild von Koch (Wolke), Preis gebunden 3,50 Mk. Max Hesses Verlag, Berlin W 15.

Ein gutes Witzbuch ist selten. Das vorliegende macht seinem Titel alle Ehre. Die 1000 Witze und Anekdoten sind durchweg schlagend, mit feinem herausgearbeiteter Pointe.

Bruno Schönlanke: "Blutige Welt", 5. Auflage, 32 Seiten, kartoniert 0,70 Mk. Bruno Schönlanke: "Gedänge der Zeit", 3. Auflage, 32 Seiten, kartoniert 0,70 Mk. E. Loubische Verlagbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30.

Bruno Schönlanke's Name kann heute nicht mehr übersehen werden, wenn von zeitgenössischer Lyrik die Rede ist. Er ist ein Ausdrucks- und Unmittelbarkeits des Erhabenen verlebten seinen Werken eine Melodie, die haften bleibt und ergreift.

Zum Kampfe um das Reichsgesetz zu Artikel 146 der Reichsverfassung. Von Dr. R. Löwenstein. Preis der Abgabenausgabe 0,40 RM., der kartonierten Ausgabe 0,60 RM. (E. Loubische Verlagbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin W 30).

Geschichte des deutschen Volkes vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Von Oberstudienrat Dr. F. Wuching Dritte verbesserte und erweiterte Auflage. Großformat. Preis broschiert 5,50 Mk., kartoniert 6,50 Mk., Ganzleinen 7,50 Mk. (E. Loubische Verlagbuchhandlung, G. m. b. H., Berlin W 30).

Martin Andersen Nexø: "Der Lotterieschwede". Verlag J. S. W. Dieß Nachf., Berlin SW 68. Ganzleinen 2 Mk., kartoniert 1,10 Mk. Immer wieder, wenn man zu einem Buch von Andersen Nexø greift, fühlt man es: Hier schöpft einer aus tiefstem, innerstem Mitleiden.

Der Kampf um das Glück der Ehe, von Emil Krönung. Im Eigenverlag, Kantschaft, Teckstraße 14, Preis 2 Mk., für Gewerkschaftsmittglieder 1 Mk. Der Verfasser hat seine Seele in das Buch verworfen. Ein Schrei nach Erlösung der unter den bekannten §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches Leidenden, in erster Linie der Frauen klingt durch das ganze Buch.

Regionen Elendskindern sind alle Sorgen, die Leiden und der Gram ihrer Mütter auf die Stirn und in die Gesichtszüge gedrückt. Nach dem Schöpfungsstille sollten Mutter und Kind nur ursprüngliche Kraft und Gesundheit und Lebensfreude eigen sein.

Daß sich das Naturgewollte ins Gegenteil verwandelt, wird von fruchtbarer Anklage gegen die jählichen Sittenrichter, welche den von Menschen geschaffenen Ibeln noch mit drakonischen Gesetzesmaßnahmen entgegengetreten wollen und sie immer mehr vergrößern.

Sie sind keine Verbrecherinnen, sondern sie mußten in diese Reize gelangen, weil nach der Auslegung des Paragraphen 184a alle Sühnmittel zur Verhütung der Mütterlichkeit, auch diejenigen, die ihre Entziehung höchstem geistigen Schaffens und dem Triebe, den leidenden Frauen zu helfen, verdanken, als zu unangenehm Gebrauch bestimmt angesehen werden sollen. Hohe Gefängnisstrafe wird dem angebroht, der sie der leidenden Frauenwelt bekannt geben will.

Wer kann sich einen Begriff von dem Zustand des Mutterherzens machen, das in grenzenloser Not und Hilflosigkeit zur Wahnsinnstaf gelangt! — Nur in der alle menschlichen Begriffe übersteigenden Angst um die Zukunft des Kindes werden von den hunderttausenden die Wahnsinnstaf begangen. Möchte das Buch recht erfolgreich wirken.